

29. VIII. 1917

110

### Städtische Finanzpolitik.

#### Die Bedeutung der neuen Kriegszulagen.

Als vor zwei Monaten der Wiener Gemeinderat versammelt war, um die Beratung des Budgets 1917/18 vorzunehmen, äußerten die Redner der Opposition mehrfach den Wunsch, daß die erhöhten Lasten der Gemeinde Wien, die ihre Ursache in Kriegszulagen finden, nicht oder nicht zur Gänze, die Deckung durch Erhöhung der Tarife der städtischen Unternehmungen finden sollten. Man verlangte eine Fülle von Steuern mit sozialem Anstrich, Steuern, die nur die Sündlerner der bessergestellten, geldkräftigen Kreise der Bevölkerung treffen sollten. Es wurden verschiedene Vorschläge gebracht, die darauf ausgingen, die teuren Wohnungen zu besteuern, Gemeindegewerbesteuer einzubehalten usw. Ein Redner entwickelte sogar ein großzügiges Programm mit Monopolisierungsplänen, das angeblich Millionen zu tragen imstande wäre. So schön alle diese Anregungen sein mögen, man muß sich dabei immer vor Augen halten, daß zu ihrer Ausführung zwei gehören: Der Gemeinderat, der fordert, und der Staat, der bewilligt. Es ist nicht das erste Mal, daß die berechtigtesten Forderungen der Gemeinde auf finanziellem Gebiete bei der Regierung ein taubes Ohr gefunden haben. Vor allem jene Vorschläge, die darauf abzielten, die Banken und Aktiengesellschaften schärfer unter das Steuerjoch der Gemeinde zu spannen, stießen auf erbitterten Widerstand, sei es weil der Staat sich diese Geldquelle nicht entziehen lassen wollte, sei es, weil die Regierung eine heillose Angst vor der Rache der Finanzwelt zeigte, eine Furcht, die sich in den Worten des Grafen Stürgkh: „Ich lasse mir die Banken nicht beanrathigen,“ klar und deutlich äußerte. Und doch wäre eine Steuerpolitik nach dieser Richtung hin vom sozialen Standpunkt aus meistens zu begrüßen, weil sie den Geldstrom, der in die sozialpolitisch vollständig unproduktiven Taschen der Millionäre fließt, eindämmen und wirklich ansehnliche Beträge liefern könnte. So aber war es nicht möglich, sich diese Quelle zu erschließen und man mußte andere Wege suchen, um die gewaltigen Summen, die nötig waren, zu beschaffen. Auch hier stieß man auf große Widerstände der Regierung. Die Lustbarkeitssteuer, die im Auslande schon solange in Kraft steht, wurde wegen einiger — sagen wir Formfehler durch die Statthalterei nicht genehmigt und der Lustbarkeitssteuervorschlag, der in der freiwilligen Abgabe der Theater, Kino und Varietés besteht, ist eine vollkommen unzulängliche Maßnahme, die einen lächerlich geringen Ertrag von nur 350.000 Kronen jährlich abwirft. Auch die Erhöhung der Totalitätensteuer fand keine Gnade bei der Regierung, vermutlich, weil das Schlagwort von der Gefährdung der Pferdegenüß die übliche Wirkung getan hatte.

Der Gemeinde blieb nichts anderes über, als sich allein jener Geldquellen zu bedienen, über die sie selbst verfügen konnte: Ihre eigenen Unternehmungen. Die Erhöhung der Preise der städtischen Unternehmungen war um so näherliegend, als ja der größere Teil der Mehrauslagen der Gemeinde Wien eben auf die Unternehmungen entfiel. Es wäre z. B. ganz unnötig gewesen, die Erhöhung irgendwelcher Steuern mit der Lohnaufbesserung der Straßenbahner zu begründen, denn der gesunde Menschenverstand sagt doch, daß das Defizit eines kaufmännischen Unternehmens nicht aus öffentlichen Geldern gedeckt werden darf, wenn irgend welche Möglichkeit vorhanden ist, aus den Unternehmen selbst die Mehrkosten herauszuschlagen. Denn hat die Gemeinde Wien abermals darangehen müssen, ihren Angestellten, ähnlich dem Staate, größere Zulagen zu machen und damit die Höhe der Kriegslasten um ein Bedeutendes zu vermehren. Der Erhöhung der Ausgabe setzt naturgemäß eine solche der Einnahmen voraus. Was man nicht hat, kann man nicht geben. Da es nicht angeht, ehe noch die eben erst erhöhten Tarife der Unternehmungen noch recht in Kraft getreten sind, sie neuerlich zu steigern, mußte wieder der Leidensweg der Verhandlungen mit der Regierung betreten werden, um durch Steuern die erforderlichen Summen zu bedecken. Der Betrag, der sich im halben Jahre mit ungefähr 10.000.000 Kronen beziffert, bedarf wohl einer ganz respektablen Zahl von Rinnen, aus denen er ernährt und ergänzt werden soll. Der Wiener Magistrat, der sich in eingehendstem Studium mit der heiklen Aufgabe beschäftigt hat, wird dem Wiener Gemeinderate in der nächsten Sitzung folgende Anträge vorlegen: